

Stabile Politik in schwierigen Zeiten

Interview Thomas Banzer ist seit rund acht Monaten Präsident der FDP. Einfach war es nicht immer, schliesslich muss die Politik schwierige Dossiers bearbeiten. Beifall gibt es dafür nur wenig. Doch es geht um mehr, als nur um kurzfristige Erfolge.

VON HOLGER FRANKE

«Intensiv.» Mit diesem einen Wort umschreibt Thomas Banzer die vergangenen acht Monate. Acht Monate, in denen es für den FDP-Präsidenten nicht an politischen Herausforderungen mangelte. Es ist unwahrscheinlich, dass sich dies in den kommenden Monaten ändern wird.

Staatshaushalt im Mittelpunkt

Im Gegenteil, der Wahlkampf naht, schon jetzt werde die Gangart spürbar härter. Politischen Zündstoff gibt es ohnehin reichlich. KVG, AHV und der Staatshaushalt. Vor allem der Staatshaushalt. Es gibt deutlich bes-

sere Zeiten für Finanzminister und eben auch für Parteipräsidenten einer Mehrheitspartei. Doch so ist es nun eben. «Wir sind überzeugt davon, dass wir das Richtige für die Zukunft unseres Landes und damit für unser aller Zukunft tun», verdeutlicht Banzer gegenüber dem «Volksblatt».

Wie die Wahlberechtigten die Arbeit der Bürgerpartei beurteilen werden, wisse er aber nicht - räumt er jedoch ein. Geben ist bekanntlich seliger denn Nehmen. Insofern hat es die Politik in Zeiten,

«Wir sind überzeugt davon, dass wir das Richtige für die Zukunft unseres Landes tun.»

THOMAS BANZER
FDP-PRÄSIDENT

in denen die Gürtel enger geschnallt werden müssen, immer schwer. Im Prinzip sind schlechte Zeiten aber auch gute Zeiten - zumindest für die Opposition. Aber könnte sie es wirklich besser, liefert sie wirklich Antworten? Doch viel wichtiger ist die Frage, ob es uns wirklich so schlecht geht, wie hie und da zu

hören ist. Der FDP-Abgeordnete Manfred Batliner sagte dazu kürzlich im Landtag, dass es uns noch nie besser ging als heute. «Und zwar allen, aber auch wirklich allen.» Dies wirft aller-

dings die Frage auf, ob dies allen auch wirklich bewusst ist.

Wissen wir, wie gut es uns geht?

«Ich glaube nicht nur, dass dies «nicht allen» bewusst ist, sondern vielmehr, dass dies in Tat und Wahrheit «den wenigsten» wirklich bewusst ist», kommentiert Thomas Banzer. «Das Bewusstsein für unsere privilegierte Situation in Liechtenstein - immer abgesehen von Härtefällen, die es immer und in jedem System gibt - sollte vermehrt gefördert werden. Und das kann jede und jeder Einzelne tun», sagt der FDP-Präsident im Interview.

Seiten 4 und 5

«Das konsequente Ignorieren der Situation wird nichts bringen»

Bilanz Wo steht die Bürgerpartei? Wo steht Liechtenstein? Und wie sieht verantwortungsvolle Politik aus? Im Interview blickt FPB-Präsident Thomas Banzer auf ein spannendes Jahr zurück.

VON HOLGER FRANKE

«Volksblatt»: Herr Banzer, Sie sind seit rund acht Monaten Präsident der Bürgerpartei. Wie würden Sie diese acht Monate zusammenfassen?

Thomas Banzer: In einem Wort: intensiv. Obwohl ich bereits drei Jahre als Geschäftsführer eng mit dem jeweiligen Präsidenten zusammengearbeitet habe und auch selbst Mitglied des Parteipräsidiums war, kommt als Präsident doch noch einiges mehr an zusätzlichen Aufgaben und Verantwortung auf einen zu. Das hatte ich - zugegebenermassen - etwas unterschätzt. Mittlerweile fühle ich mich sehr wohl und habe einen für mich passenden Rhythmus gefunden. Inhaltlich gesehen waren diese acht Monate vor allem durch grosse gesellschaftspolitische Themen geprägt. KVG war eines davon, AHV und BPVG schwan-gen ebenfalls bereits mit.

Und wie würden Sie den Zustand der FPB aktuell beschreiben?

Persönlich kann ich mit Überzeugung sagen, dass ich den Zustand der Bürgerpartei als gut beurteile. Skeptiker oder Kritiker würden jetzt vermutlich argumentieren, dass sich bei der KVG Abstimmung «deutliche Risse» gezeigt hätten. Das sehe ich aber ganz klar nicht so. Vielmehr liegt es in der Natur der Sache, dass bei Sachabstimmungen in einer grossen Volkspartei, wie es die Bürgerpartei eine ist, unterschiedliche Lager gibt. Das ist auch gut so, und ich möchte den Entscheidungsweg sowie die kritische Auseinandersetzung mit einem Thema innerhalb der Partei nicht missen. Auch wenn es vielleicht oft einfacher wäre - ich schätze den Austausch sehr und bin überzeugt, dass dies eine Stärke unserer Partei ist.

Wie schaut es mit der Geschlossenheit aus? Es werden wohl kaum immer alle Gremien einer Meinung sein. Wie aber gehen Sie mit verschiedenen Strömungen um?

Es liegt in der Natur der Sache, dass es in einer grossen Volkspartei unterschiedliche Ansichten in Sachfragen gibt. Es müssen sich auch nicht immer alle in allem einig sein. Ganz im Gegenteil: Um die beste Lösung zu finden, bedarf es unterschiedlicher Ansichten. Wichtig dabei ist, dass offen diskutiert und gemeinsam nach diesen gesucht wird. Dass alle in einer solch breit abgestützten Partei die gleiche Meinung zu allen Fragen teilen, ist unmöglich - und wenn wir ehrlich sind, wollen wir das als individualisierte Gesellschaft auch nicht. Die Stossrichtung muss letztlich stimmen.

Und dann gibt es da ja auch noch einen Koalitionspartner. Haben Sie mit dem neuen VU-Präsidenten Günther Fritz schon telefoniert und besprochen, wie sie den Rest der Legislaturperiode gemeinsam angehen wollen?

Ich habe ihm zu seiner Wahl als Parteipräsident gratuliert und wir ha-

ben uns am Rande eines ersten TV-Gesprächs auch bereits persönlich ausgetauscht. Über die gemeinsame Gestaltung der laufenden Legislatur haben wir hingegen nicht gesprochen. Dies ist in erster Linie Aufgabe des Koalitionsausschusses und nicht bloss der zwei Präsidenten.

Irgendwann wird die Gemeinsamkeit aber wohl enden. Im kommenden Jahr beginnt der Wahlkampf und aus dem Koalitionspartner wird

«Das hatte ich zugegebenermassen - etwas unterschätzt.»

wieder ein politischer Mitbewerber. Wie darf man sich das in der Praxis vorstellen? Wird es z. B. ein Datum geben, ab dem man

sich dann verbal attackieren darf - zumindest für eine bestimmte Zeit? Schliesslich könnte es ja nach den Wahlen wieder zu einer Koalition kommen.

Als Koalitionspartner haben wir beide - also FPB und VU - uns auf einen Koalitionsvertrag geeinigt. Dieser Vertrag gilt bis zum Ende der laufenden Legislatur und zumindest wir gedenken diesen als verlässlicher Partner einzuhalten. Andere, im Koalitionsvertrag nicht explizit festgehaltene Themen, werden laufend diskutiert. Das passiert bereits seit Längerem und ist Teil des politischen Prozesses. Die Gangart in der inhaltlichen Auseinandersetzung wird zudem zunehmend spürbar härter. Das lässt sich kaum vermeiden. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Auseinandersetzungen sich auf die Inhalte und die Suche nach der besten Lösung für Land und Leute beschränkt. Persönliche Angriffe, das habe ich bereits mehrfach betont, lehne ich klar ab.

«Die Gangart in der inhaltlichen Auseinandersetzung wird zudem zunehmend spürbar härter.»

Nehmen wir an, dass Sie eine Umfrage machen würden, zum Thema

«Für welche Werte und Inhalte steht die Bürgerpartei?» Was glauben Sie, würden Ihnen die Menschen sagen? Die Bürgerpartei ist eine bürgerliche, wertekonservative und wirtschaftsliberale Partei. Insofern setzen wir uns für optimale Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft gleichermaßen ein wie für einen starken Mittelstand. Ein weiteres

«Es müssen sich auch nicht immer alle in allem einig sein.»

Attribut, welches uns immer wieder attestiert wird ist, dass wir die einzige Partei sind, welche konsequent zu unserer dualen Staatsform mit zwei starken und gleichwertigen Souveränen - Fürst und Volk - steht. Mir ist allerdings durchaus bewusst, dass Themen wie «Stärkung des Mittelstands» und «Familie» aktuell wohl eher nicht auf unsere Fahnen geschrieben würden. Persönlich halte ich eine zukunftsorientierte Perspektive in der Politik für richtig. Wahlgewinne oder das konsequente Ignorieren der Situation (zumindest bis zu den Wahlen) wird unserem Land und damit allen Einwohnerinnen und Einwohnern nichts bringen. Aus diesem Grund bin ich überzeugt davon, dass

unsere Politik auch in diesen Bereichen mittel- bis langfristig Sicherheit bringen wird und somit korrekte Attribute zur Umschreibung der FPB sind.

Mit den Themen Staatshaushalt, KVG, und AHV lagen in den vergangenen Monaten doch eher die «unangenehmen» Traktanden in der Verantwortung der Bürgerpartei. Was denken Sie? Werden die Einwohner gutieren, dass in schwierigen politischen Problemfeldern Lösungen gefunden wurden, oder wird der Gedanke dominieren, dass die Politik den Bürgern das Geld aus der Tasche zieht?

Das ist zugegebenermassen nur schwer abzuschätzen. Wir sind im Jahr 2012 in den Wahlkampf mit konkreten Aussagen, was wir anpacken wollen, eingestiegen. Damals bereits haben wir klar festgehalten, dass wir den Staatshaushalt ins Lot bringen, die Kostensteigerung im Gesundheitsbereich in den Griff bekommen und unser wichtigstes Sozialwerk - die AHV - auch für künftige Generationen fit machen wollen. Wir haben nach den Wahlen begonnen an diesen schwierigen Dossiers zu arbeiten und haben bereits einige Meilensteine erreichen können. Uns war von Anfang an klar, dass wir es nicht einfach haben werden - aber wir sind überzeugt da-

von, dass wir das Richtige für die Zukunft unseres Landes und damit für unser aller Zukunft tun. Ich kann nicht sagen, wie die Wahlberechtigten unsere Arbeit am Ende beurteilen werden - allerdings hoffe ich darauf, dass unsere Konsequenz und die Geradlinigkeit registriert und honoriert werden wird. Langfristig werden wir alle davon profitieren, auch wenn es vielleicht kurzfristig im Einzelfall Einschränkungen gab und gibt. Davon bin ich zutiefst überzeugt und ich hoffe darauf, dass dies auch seitens der Bevölkerung so erkannt werden wird.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit einmal auf die AHV-Debatte im Landtag zurück kommen. Da hat der FPB-Abgeordnete Manfred Batliner sehr bemerkenswertes gesagt. Zitat: «Es ging uns noch nie besser als heute. Und zwar allen, aber auch wirklich allen. Seien es die sozial Schwächeren, sei es der Mittelstand und auch die Reichen. Seien es die Kinder, die Erwachsenen, Erwerbstätigen und seien es auch die Rentner.» Glauben Sie, dass dies «aber auch wirklich allen» bewusst ist? Ich bin zumindest überzeugt davon, dass Manfred Batliner recht hat. Als ich sein Votum in der Debatte gehört habe, hat er mir aus der Seele gesprochen und ich sah mich veranlasst, ihm spontan für diese treffende und prägnante Analyse zu gratulieren. Dass er aber recht hat, ist - leider - nur die eine Seite der Medaille. Als Antwort auf die Frage muss ich deshalb klar mit «Nein» antworten. Ich glaube nicht nur, dass dies «nicht allen» bewusst ist, sondern vielmehr, dass dies in Tat und Wahrheit «den Wenigsten» wirklich bewusst ist. In meinen Augen ist es aber wichtig, dieses Bewusstsein zu schaffen. Auch



FPB-Präsident Thomas Banzer. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

wenn ich kein grosser Anhänger von Vergleichen mit «allem Möglichen» bin, wäre eine Gegenüberstellung verschiedener Lebenssituationen heute, vor 10, 20, 30 und 50 Jahren interessant. Auch ein Vergleich mit den Nachbarkantonen kann Sinn machen - aufgrund der unterschiedlichen Rechtslagen ist das aber immer nur bedingt möglich. Ich glaube, das würde für etwas mehr Verständnis in der Bevölkerung sorgen. Das Bewusstsein für unsere privilegierte Situation in Liechtenstein - immer abgesehen von Härtefällen, die es immer und in jedem System gibt - sollte vermehrt gefördert werden. Und das kann jede und jeder Einzelne tun.

Trotzdem könnte es sich die Opposition im nächsten Wahlkampf leicht machen und aus der Sanierung des Staatshaushaltes eine Bestrafung

des Mittelstandes machen und nach Jahren der Entbehrung nun Milch und Honig versprechen, wenn Sie diese überspitzte Formulierung gestatten. Was hätten Sie dem entgegenzusetzen?

Das wäre in der Tat möglich - aber nicht seriös. Versprechungen zu machen ist leicht, diese einzuhalten oft nicht. Wir - und damit meine ich in erster Linie die verantwortlichen Regierungen aber auch die gesamte Bevölkerung - haben in den vergangenen Jahren viel unternommen um den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Es müsste daher jedem klar sein, dass jede zusätzliche Ausgabe des Staates entweder an einer anderen Stelle eingespart werden muss, oder die Einnahmen, sprich die Steuern, erhöht werden müssen, um diese zu finanzieren. Tun wir das nicht, so laufen wir Gefahr unsere Reserven

«Ich setze darauf, dass unsere Konsequenz und die Geradlinigkeit registriert und honoriert werden wird.»



abzubauen. Natürlich sind die rationalen Argumente niemals so verführerisch, wie wenn zum Beispiel eine Partei jedem Einwohner 10 Franken pro Monat bar auf die Hand verspricht. Nur muss man sich einfach bewusst sein, dass dieses konstruierte Beispiel den Staat jährlich 4.5 Mio. kosten würde. Diese müssten an einer anderen Stelle eingespart oder eben zusätzlich eingenommen werden. Ich hoffe hier auf die Vernunft aller Einwohnerinnen und Einwohner. Wir können - wie jeder aus seinen privaten

Finanzangelegenheiten weiss - längerfristig nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen. Auch als Staat ist das nicht möglich. Wir haben mit viel Mühe einen ausgeglichenen Haushalt erreicht - ich für meinen Teil möchte dieses Erreichte nicht durch Wahlgeschenke aufs Spiel setzen und damit weitere Einsparun-

gen oder Steuererhöhungen für die gesamte Bevölkerung provozieren.

Wenn wir schon beim Wahlkampf sind: Denken Sie, dass es schwierig sein wird, Kandidaten zu finden? Wie sieht hier der Zeitplan aus?

Der Wahlkampf ist zwar noch weit weg, aber selbstverständlich sind wir bereits mit ersten Überlegungen und Abklärungen beschäftigt. Die sogenannte heisse Phase wird aber erst nach den Sommerferien 2016 eingeläutet, wir haben also noch etwas Zeit. Wie einfach

oder schwierig sich die Suche nach neuen und geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten gestalten wird, wird sich erst noch zeigen. Ich bin aber zuversichtlich und zutiefst überzeugt davon, dass wir 25 Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner finden werden, welche sich gerne und mit vollem Einsatz für die

«Versprechungen zu machen ist leicht, diese einzuhalten oft nicht.»

Zukunft unseres schönen Landes engagieren wollen.

Parallel dazu stehen im kommenden Jahr aber zuerst noch zahlreiche Entscheidungen an. Welche politischen Schwerpunkte erwarten Sie in den nächsten Monaten?

AHV und BPVG, also nichts geringeres als eine Reform der gesetzlich vorgeschriebenen Altersvorsorge, werden sicher prägend sein. Das Wahl- und Stimmrecht für Auslandslichtensteiner steht ebenfalls auf der Agenda. Die beiden grossen Reformen werden im Grundsatz seitens der FDP begrüsst. Wir werden sehen, wie sich die Berichte und Anträge zur zweiten Lesung präsentieren. Eine abschliessende Auseinandersetzung wird erst dann möglich sein. Beim Wahl- und Stimmrecht für im Ausland lebende Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner vertritt ich eine klar ablehnende Haltung, das habe ich bereits mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht.